

Rede Berufsverbote – Kundgebung am 10. Dezember 2019 in Stuttgart

Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter

Alle Jahre wieder ist Adventszeit, alle Jahre wieder stehen wir hier vor dem Landtag am Tag der Menschenrechte, und demonstrieren eigentlich für eine Selbstverständlichkeit in einer Demokratie: Für Meinungsfreiheit für alle.

Nur, Weihnachten kommt immer am Ende der Adventszeit, auf eine Geste der Wiedergutmachung warten die von Berufsverboten Betroffenen immer noch vergeblich. Nach bald 50 Jahren!

Im Februar 1972, vor 47 Jahren, kam der sogenannte „Radikalenerlass“, vom damaligen Bundeskanzler Willy Brandt wurde er gemeinsam mit den Ministerpräsidenten der Länder auf den Weg gebracht. Auch der ehemalige Nazirichter Hans Filbinger, damals Ministerpräsident von Baden-Württemberg, war in erster Reihe mit dabei.

Die Meinungsfreiheit wurde mit dem Instrument des Berufsverbots für euch erheblich angegriffen: Ihr durftet euch zwar – und das ja auch nicht immer so einfach – politisch engagieren. Aber zum Preis der ökonomischen Höchststrafe, nämlich des Berufsverbots.

Dieser Unrechtserlass hat das Leben von euch radikal verändert. Von Lehrerinnen und Lehrern, Jurist*innen, von Briefträgerinnen und Briefträgern oder Lokomotivführern oder sogar Krankenschwestern.

Bei vielen war die bloße Mitgliedschaft beispielsweise in der DKP bereits ein ausreichender Grund für ein Berufsverbot.

Und an dieser Stelle will ich bewusst einen Einschub machen, weil es ganz gut passt: Was gerade die Finanzämter machen, nämlich systematisch engagierten Vereinen die Gemeinnützigkeit entziehen, erst attac, dann einem sehr umtriebigen Verein in Ludwigsburg, dem Demokratischen Zentrum, und jetzt auch noch dem VVN, ist ein Skandal. Während wir endlich alle den Kampf gegen rechts ernsthaft und flächendeckend aufnehmen müssten, führen einige Finanzämter den Kampf der 70er Jahre gegen links fort. Mit der gleichen unanständigen Methode: Nimm ihnen die ökonomische Existenz, dann hast du sie politisch platt gemacht. Wir dürfen nicht zulassen, dass eine Behörde Antifaschisten das Existenzrecht entzieht. Nie wieder!

Zurück zu euch, zum Skandal der 70er und 80er Jahre, der auch über 40 Jahre später nicht wiedergutmacht wird.

Mit den Berufsverboten wurden viele Betroffene arbeitslos. Beamte bekamen noch nicht einmal Arbeitslosengeld. Die Arbeitslosenhilfe musste gerichtlich erstritten werden.

Viele durften etliche Jahre nicht arbeiten, Jahre ohne Einkommen, ohne Perspektive. Und auch nachdem der Europäische Gerichtshof die Berufsverbote für rechtswidrig erklärt hatte, erging es vielen immer noch nicht besser. Mussten sich einige wieder einklagen. Überhaupt: Immer gezwungen sein, dagegen zu klagen, oder nochmals Ausbildungsschleifen zu drehen. Die Gängelung wurde bei vielen einfach fortgesetzt um sie auch nach den Berufsverboten müde zu machen.

Einige sind daran zerbrochen. Leben, Existenzen wurden vom Staat zerstört.

Und während in anderen Bundesländern etwas passiert, lässt die baden-württembergische Landesregierung euch weiter am ausgestreckten Arm verhungern.

Rede Berufsverbote – Kundgebung am 10. Dezember 2019 in Stuttgart

Martin Gross, ver.di Landesbezirksleiter

Ja ok, eine wissenschaftliche Aufarbeitung soll es irgendwann auch hier geben. Aber noch immer keine einzige Geste der Entschuldigung. Von Entschädigung traut man sich ja kaum zu reden. Dabei ist das Unrecht nicht vorbei: Weniger Berufszeiten heißen weniger Rente. Eure Bestrafung geht weiter bis ans Lebensende.

Geholfen hat vielen die großartige Solidarität ihrer Kolleginnen und Kollegen. Menschen, die Geld gesammelt haben, unterstützt haben, bei der Jobsuche behilflich waren. Aber Solidarität könntet ihr eigentlich wenigstens vom grünen Teil der Landesregierung erwarten, von Akteuren, die genau wissen, wie das damals war.

Wir fordern deshalb heute und hier genau das gleiche wie in den letzten Jahren von der Landesregierung:

1. Es ist höchste Zeit für eine Entschuldigung für das Unrecht, das euch und euren Familien angetan wurde.
2. Ihr müsst endlich vollständig als demokratische Staatsbürger rehabilitiert werden.
3. Und ja, es muss eine angemessene finanzielle Entschädigung für diejenigen von euch geben, die durch das Berufsverbot unverschuldet in Altersarmut geraten sind.

Frau Schopper, Staatsministerin in Baden-Württemberg hatte uns vor über einem Jahr fest zugesagt, das Thema anzupacken, im Sinne der niedersächsischen Lösung.

Wir sagen: Es ist für die Betroffenen unerträglich, noch länger warten zu müssen. Es ist endlich Zeit nicht nur für persönliche Worte sondern auch für Taten und Ausgleich für entstandenes Unrecht.